

BR/GT I/135 d/72

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 9. November 1971
BR/GT I/135/71

- Sekretariat -

A r b e i t s u n t e r l a g e
für die 10. Sitzung der Arbeitsgruppe I
vom 22. bis 28. November 1971

Artikel: 137a

Problem: Änderung der europäischen Patentanmeldung und des europäischen Patents

Verfasser: Deutsche Delegation

Die Delegationen der Arbeitsgruppe I erhalten in der Anlage einen Vorschlag der deutschen Delegation zur redaktionellen Überarbeitung der Artikel über die Änderung der europäischen Patentanmeldung und des europäischen Patents.

BR/GT I/135 d/71

Die deutsche Delegation hat auf der 9. Sitzung der Arbeitsgruppe I den Auftrag erhalten, einen Vorschlag zur Neuordnung der Vorschriften über die Änderung der europäischen Patentanmeldung und des europäischen Patents, d.h. der Artikel 82, 83 und 95a, auszuarbeiten. Dieser Vorschlag wird hiermit in einer synoptischen Gegenüberstellung mit den genannten Artikeln in der Fassung des Zweiten Vorentwurfs beziehungsweise der Arbeitsunterlage BR/134/71 vom 29. Oktober 1971 vorgelegt.

Bei der Ausarbeitung des Vorschlags mußten die verwandten Vorschriften der Artikel 83a und 104, die sich mit unzulässigen Erweiterungen der europäischen Patentanmeldung und des europäischen Patents befassen, mit berücksichtigt werden.

Noch nicht berücksichtigt wurde der Vorschlag der niederländischen Delegation zu Artikel 83 in dem Arbeitsdokument BR/GT I/124/71 vom 12. Oktober 1971, da dieses Arbeitsdokument von der Gruppe noch nicht diskutiert worden ist. Die sich aufgrund des niederländischen Vorschlags ergebenden Änderungen können jedoch noch nachträglich in den Redaktionsvorschlag eingearbeitet werden.

Die deutsche Delegation möchte der Arbeitsgruppe vorschlagen, daß der neue Artikel über "Änderung der europäischen Patentanmeldung und des europäischen Patents" zusammen mit dem bereits von der Arbeitsgruppe angenommenen neuen Artikel 137b "Europäische Teilanmeldung" vorläufig in den "Allgemeinen Vorschriften für das Verfahren" nach Artikel 137 eingereiht wird. Bei der redaktionellen Überarbeitung im kommenden Jahr kann dann geprüft werden, wo diese Artikel endgültig einzuordnen sind.

Nachfolgend soll daher ein neuer Artikel 137a "Änderung der europäischen Patentanmeldung und des europäischen Patents" vorgeschlagen werden, der nicht nur die Artikel 82, 83 und 95a, sondern auch die Artikel 83a und 104 ersetzen würde. Dieser neue Artikel ist so konzipiert, daß er in seinem Absatz 1 den für die europäische Patentanmeldung und das europäische Patent gleichermaßen geltenden Grundsatz des Verbots von gegenständlichen Erweiterungen (bisher Artikel 83a und Artikel 104 Absatz 2) bringt und dann jeweils in einem gesonderten Absatz sagt, welche Änderungen in den einzelnen Verfahrensabschnitten zulässig sind.

Zweiter Vorentwurf

Artikel 83a

Der Gegenstand einer europäischen Patentanmeldung darf nicht weiter sein als der Inhalt der ~~ursprünglich~~ eingereichten Anmeldung oder, im Falle einer Teilanmeldung, als der Inhalt der früheren Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung.

Artikel 104 Absatz 2

Ein europäisches Patent darf nicht in der Weise geändert werden, daß sein Gegenstand weiter ist als der Inhalt der eingereichten Anmeldung.

Artikel 82 Absatz 1

Vor Erhalt des Berichts über den Stand der Technik darf der Anmelder die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen einer europäischen Patentanmeldung nicht ändern, es sei denn, daß in der Ausführungsordnung zu diesem Übereinkommen etwas anderes vorgesehen ist.

Vorschlag

Die nebenstehenden Vorschriften des Zweiten Vorentwurfs sollten gestrichen und an deren Stelle folgender neuer Artikel eingefügt werden:

Artikel 137a

Änderung der europäischen Patentanmeldung
und des europäischen Patents

(1) Eine europäische Patentanmeldung und ein europäisches Patent dürfen nicht in der Weise geändert werden, daß ihr Gegenstand weiter ist als der Inhalt der eingereichten Anmeldung. Handelt es sich um eine Teilanmeldung oder um ein auf einer Teilanmeldung beruhendes Patent, so darf der Gegenstand der Anmeldung oder des Patents nicht weiter sein als der Inhalt der früheren Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung.

Bemerkung:

Das in Artikel 83a enthaltene Wort "ursprünglich" dürfte entbehrlich sein. Vgl. hierzu auch Artikel 101a Buchstabe c und Artikel 133 Absatz 1 Buchstabe c.

(2) Vor Erhalt des Berichts über den Stand der Technik darf der Anmelder die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen einer europäischen Patentanmeldung nicht ändern, es sei denn, daß in der Ausführungsordnung zu diesem Übereinkommen etwas anderes vorgesehen ist.

Zweiter Vorentwurf

Artikel 83

(1) Nach Erhalt des Berichts über den Stand der Technik, jedoch vor Stellung eines Antrags auf Prüfung nach Artikel 88 kann der Anmelder auf einen oder mehrere der ursprünglichen Patentansprüche der Anmeldung verzichten oder neue oder geänderte Patentansprüche vorlegen.

(2) Macht der Anmelder von der in Absatz 1 vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch, so sind anstelle der ursprünglichen Patentansprüche insoweit die neuen oder geänderten Patentansprüche für das Schutzbegehren maßgebend, als der Gegenstand der letzteren nicht über das hinausgeht, was in der Anmeldung beschrieben worden ist.

Artikel 95a Absätze 1 und 2

(1) Nach Stellung des Prüfungsantrags, jedoch nicht vor Erhalt des Berichts über den Stand der Technik, kann der Anmelder die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen ändern, solange ihm die in Artikel 97 Absatz 1 vorgesehene Mitteilung nicht zugegangen ist.

(2) Hält es die Prüfungsabteilung im Interesse des ordnungsgemäßen Ablaufs des Erteilungsverfahrens für erforderlich, so kann sie dem Anmelder eine Frist setzen, nach deren Ablauf die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen nur mit ihrer Zustimmung geändert werden dürfen.

Vorschlag

(3) Nach Erhalt des Berichts über den Stand der Technik, jedoch vor Stellung eines Prüfungsantrags kann der Anmelder auf einen oder mehrere der ursprünglichen Patentansprüche der Anmeldung verzichten oder neue oder geänderte Patentansprüche vorlegen. Macht der Anmelder von dieser Möglichkeit Gebrauch, so sind anstelle der ursprünglichen Patentansprüche insoweit die neuen oder geänderten Patentansprüche für das Schutzbegehren maßgebend, als der Gegenstand der letzteren nicht über das hinausgeht, was in der Anmeldung beschrieben worden ist.

(4) Nach Erhalt des Berichts über den Stand der Technik, jedoch nur, wenn Prüfungsantrag gestellt worden ist, kann der Anmelder die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen ändern, solange ihm die in Artikel 97 Absatz 1 vorgesehene Mitteilung nicht zugegangen ist. Hält es die Prüfungsabteilung im Interesse des ordnungsgemäßen Ablaufs des Erteilungsverfahrens für erforderlich, so kann sie dem Anmelder eine Frist setzen, nach deren Ablauf die Beschreibung, die Patentansprüche und die Zeichnungen nur mit ihrer Zustimmung geändert werden dürfen.

Zweiter Vorentwurf

Artikel 104 Absatz 1

Im Einspruchsverfahren dürfen die Patentansprüche des europäischen Patents nicht in der Weise geändert werden, daß der Schutzbereich erweitert wird.

Artikel 82 Absatz 2

Artikel 78 Absatz 2 bleibt unberührt.

Artikel 95a Absatz 3

Die Artikel 88 Absatz 3, 92 Absatz 1 und 95 Absätze 1 und 1a bleiben unberührt.

Vorschlag

(5) +

(6) Die Artikel 78 Absatz 2 Satz 2, 88 Absatz 3, 92 Absatz 1, 95 Absätze 1 und 1a, 101 Absatz 3 Satz 1 und 2, 102 Satz 1 sowie 137b Absätze 1 und 2 bleiben unberührt.

Bemerkungen:

1. Die Verweisung in Artikel 133 Absatz 1 Buchstabe d auf Artikel 104 ist zu ändern in "Artikel 137a Absatz 5".
2. In Absatz 6 werden eine Reihe von Vorschriften erwähnt, in denen von der Änderung der europäischen Patentanmeldung oder des europäischen Patents als jeweils fälliger Verfahrensschritt gesprochen wird oder in denen besondere Regelungen für besondere Fälle getroffen werden. Alle diese Vorschriften stehen mit dem neuen Artikel 137a nicht in Widerspruch. Trotzdem schien es zweckmäßig, klarzustellen, daß diese Vorschriften zusätzlich zu Artikel 137a gelten.

